

Zukunftslobby e.V.

PDF-Publikation Nr.11

Diesen Text können Sie auf der Website www.zukunftslobby.de gegen eine freiwillige Spende in Höhe von 2,50 Euro herunterladen. – Textumfang: 15 Seiten.



Wir bitten zu beachten: Der Text ist ausschließlich zur Argumentation in der öffentlichen Diskussion bestimmt. Er darf, ob ganz oder in Teilen, nicht für kommerzielle Zwecke oder zum persönlichen Vorteil genutzt werden. Seine Verbreitung ist unter Angabe der Quelle, gerne auch gegen eine Spende, ausdrücklich erlaubt. (Es gelten die Copyright-Bestimmungen von Zukunftslobby e. V.).

„Über-Kolumne“, Teil 6 (9/2016 bis 9/2017)

Eine Textreihe zu Politik und Gesellschaft von Carl Christian Rheinländer sen. (Erschienen von Oktober 2011 bis September 2017 im „Hunsrückspiegel“)

Über Müllgebühren (September 2016)

Im Alltag der modernen Industriegesellschaft gibt es zwei grundverschiedene Ebenen von Wahrheit. In der Einen heißt es, die Umwelt ist stark gefährdet und alles, was ökologische Schäden verursacht, soll möglichst vermieden werden. In der Anderen soll das Volk möglichst viel konsumieren, um das Wirtschaftswachstum zu steigern.

Die eine Wahrheitsebene schließt die andere aber aus, weil für den Konsum Güter produziert werden müssen, und heutzutage sämtliche Arten von Produktion mehr oder weniger stark ökologische Schäden hinterlassen. Obwohl mittlerweile über Dreiviertel der Deutschen umweltschonendes Verhalten begrüßen, halten sich, wenn es konkret wird, kaum welche daran. Nur wo Verbote gelten oder wo sich die Verhaltensänderung finanziell lohnt, machen genügend Leute mit, sodass sich in der Summe auch ein umwelt-relevanter Gewinn ergibt.

Ein gutes Beispiel für den dargestellten Konflikt und wie sich die Politik um ihn herum mogelt, sind die deutschen Abfallgesetze. Hier ist nach "guter deutscher" Bürokratenmanier fast alles geregelt, aber nur fast.

Im höchsten Bundesgesetz, dem "Kreislaufwirtschaftsgesetz", wird als oberstes Ziel die Vermeidung von Abfällen genannt. Erst danach kommen, in dieser Rangfolge, die "Vorbereitung zur Wiederverwendung", das "Recycling", die "sonstige Verwertung" wie etwa Müllverbrennung und Verfüllung, und am Schluss die "Beseitigung" von Restmüll, also das Verbuddeln in der Erde.

Was aber NICHT regelt wird ist, WIE die Vermeidung erreicht werden soll. Auch dieses Gesetz funktioniert genauso wie nahezu alle Maßnahmen aus der Politik zur ersten Wahrheit: Halbherzig, oberflächlich, unverbindlich, nach dem Motto: "Mal lautstark erwähnen und gut-isses".

Um den Eindruck „Wir-kümmern-uns-darum“ noch zu verstärken, setzt das Bundesumweltministerium mit dem "Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder" noch eins drauf. Doch auch diese 80 Seiten enthalten nur heiße Luft. Der NABU etwa kritisiert: "Das Programm liest sich als gute Zusammenfassung etablierter Ideen aus Wirtschaft und Bevölkerung. Eine programmatische Linie, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Vorstellung davon gibt, was erreicht werden soll und welche Maßnahmen dazu geplant sind, ist jedoch nicht zu erkennen."

Wen wunderts? Abfallvermeidung wird erst dann richtig effektiv, wenn weniger von jenen

Produkten gekauft werden, die typischerweise in der schwarzen Tonne oder im Elektroschrott enden. Doch ein solcher Verzicht, würde er von vielen Leuten praktiziert, wäre extrem wachstumsschädlich!

Da sich kommunale Abfallgebührensatzungen nach Bundesgesetzen richten müssen, brauchen auch sie keine Regeln für Abfallvermeidung zu enthalten. Deshalb gelten in den allermeisten Regionen Deutschlands, beispielsweise auch in den Kreisen Birkenfeld und Kreuznach, für den Restmüll autoritäre Gebührensysteme, wo jeder Haushalt, nur nach Mitgliederzahl gestaffelt, die gleichen Gebühren zahlen muss. Einen finanziellen Anreiz für Müllvermeidung gibt es nicht.

Nur wenige deutsche Kommunen rechnen die Gebühren nach Müllgewicht oder nach Entleerungshäufigkeit der Tonnen ab. Dort kann ein Haushalt, der gewissenhaft einkauft, Verschwendung und kurzlebigen Plunder meidet, seinen Abfall trennt und nicht vermischt, und ihn in die Wertstoffsammlung gibt, bis zu 80% der Gebühren sparen, und Fälle illegaler Entsorgung sind nicht häufiger als anderswo.

In Birkenfeld und Kreuznach aber bleibt man stur, da ja von oben nichts zwingend verlangt wird. Dabei wäre die Einführung eines besseren Systems so einfach. Auf allen Tonnen sind Strichcodes aufgeklebt und alle Müllfahrzeuge besitzen Erkennungssysteme. Der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) könnte schon morgen nach Anzahl der Tonnenleerungen plus Grundgebühr abrechnen.

Doch die Landräte und Ämter drucken lieber „Umwelt-Ratgeber“, wo so Banalitäten propagiert werden wie „Verpackungsmüll-einsparen“. Die eigentliche Wahrheit interessiert sie offenbar nicht, denn bei Müllvermeidung geht es ja nicht nur um das Endstadium eines problematischen Produkts, sondern auch um alle für die Produktion vorher schon verursachten Schäden wie Energieeinsatz, Rohstoffverbrauch, Transportaufwand, usw. Doch da schaffen es die Damen und Herren nicht über den Tellerrand ihrer Denkfaulheit und ihrer Ignoranz gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Übrigens: So richtig verursachergerecht wäre es, jedem Artikel die individuellen Entsorgungskosten plus eine Art Wertstoffpfand bundesweit auf den Kaufpreis aufzuschlagen und dieses Geld an die AWBs zu verteilen. Übliche Müllgebühren könnten dann komplett entfallen. Die Tonnenleerung wäre kostenlos und illegale Entsorgung unrentabel. Wertstoffsammeln ermöglichte ein Taschengeld und abfallarme Produkte hätten einen Wettbewerbsvorteil.

Doch das müsste schwarz auf weiß ins Kreislaufwirtschaftsgesetz, und dafür sind leider die Pfeifen aus den Regierungsparteien zuständig.

Über das Gesetz vom kalten Kaffee (Oktober 2016)

Der Alltag der Menschen wird unter Anderem von physikalischen Naturgesetzen bestimmt. Niemand kann sie ohne Konsequenzen ignorieren oder umgehen. Ein losgelassener Gegenstand etwa fällt nach unten, weil die Schwerkraft ihn anzieht. Wer mit dem Auto zu schnell die Kurve nimmt, den drückt die Fliehkraft nach außen in die Leitplanke.

Doch nicht alle Naturgesetze wirken so unmittelbar und eindeutig, was manche Leute dazu verführt, sie zu missachten. So ist es auch mit dem Gesetz, von dem hier die Rede sein soll. Es heißt natürlich nicht „Gesetz vom kalten Kaffee“, sondern „Entropie-Gesetz“ („Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik“). Doch mit Kaffee kann man es gut verdeutlichen:

Wir haben uns eine Tasse Kaffee gekocht, und gerade als wir trinken wollen, klingelt es an der Haustür und wir werden dort eine Zeit lang aufgehalten. Später dann ist der Kaffee leider

kalt geworden. Seine Wärmeenergie ist in die Raumluft übergegangen. Obwohl also die Energie noch vorhanden ist, können wir aus ihr nicht noch einmal den Kaffee erhitzen. Dafür müssten wir abermals Strom verbrauchen oder Gas verbrennen.

Das Entropiegesetz besagt also, dass Wärme immer vom wärmeren Körper zum kälteren fließt, niemals umgekehrt. Und: Bei jeglicher Energieumwandlung verschwindet Wärme für immer in der Nichtnutzbarkeit. Die Entropie ist also gewissermaßen die Kehrseite der verfügbaren Energie. Sie wird größer, wenn wir Energie verbrauchen, etwa so, wie die Luftmenge in einer Bierflasche, wenn wir daraus trinken.

Unsere Erde erhält tagsüber eine bestimmte Energiemenge als Sonnenlicht und strahlt sie nachts als Wärme wieder in den Weltraum ab. Nur in chemisch gebundener Form ist Energie länger haltbar und ständig verfügbar. Lebendige Organismen wie Pflanzen und Algen fanden vor Urzeiten einen Weg, die Sonnenenergie als Körpersubstanz aufzubauen und festzuhalten. Nach dem Absterben ist diese Pflanzenmasse dann damals nicht vollständig wieder verrottet. Ein geringer Teil sank auf den Meeresgrund oder in tiefere Erdschichten ab und wurde über Jahrmillionen zu Erdöl, Gas oder Kohle umgewandelt.

Und vom Verbrauch dieser gebundenen Energie lebt jetzt die Wirtschaft. Die Ölmenge, die wir heute an einem Tag verbrennen, brauchte 10.000 Jahre, um eingelagert zu werden.

Im Jahr 1971 wies der Ökonom Nicolas Georgescu-Roegen auf die Existenz einer weiteren Regel mit radikaler Aussage hin. Wie das Entropie-Gesetz besitzt dieses „Materie-Entropiegesetz“ die gleiche uneingeschränkte Geltung. Statt auf die Energie bezieht es sich auf das zwangsläufige Schicksal von Materialien und Rohstoffen, die neben den fossilen Energieträgern ebenfalls in der Erdrinde lagern (Erze, Metalle, Salze, Kalk, Kies und Sand, seltene Erden, usw.).

Auch diese Stoffe werden in immer größeren Mengen verbraucht und enden schließlich, nach einem kurzen Dasein als Produktbestandteil in der vollkommenen Zerstreuung. Recycling kann diese Bestimmung zwar etwas hinauszögern, doch bei jedem Umlauf verliert sich ein großer Teil, bis schließlich alles auf sonderbare Weise in der Entropie und jenseits jeder Nutzbarkeit verschwunden ist.

Albert Einstein bezeichnete das Entropie-Gesetz als "erstes Gesetz aller Wissenschaften". Mit dem Materie-Entropiegesetz zusammen sind es die beiden obersten Gesetze für die Haushaltsführung der Menschheit. Aus ihnen ergeben sich eindeutige und unabänderliche Regeln, wie das Wirtschaften auf diesem Planeten zu erfolgen hat:

1. Sparsamster Umgang mit den Bodenschätzen der Erde. Sie müssen möglichst lange halten, weil das Leben so vieler noch kommender Menschengenerationen von deren Verfügbarkeit abhängt.
2. Ablehnung einer Wirtschaftsweise, in welcher der Profit mit dem Grad des Rohstoffverbrauchs steigt. Sie ist menschenverachtend, weil sie elementare Interessen der nachfolgenden Generationen ignoriert. Ob der Mangel nun in 33 oder in 66 Jahren massiv wird, ist nicht die Frage, wenn man bedenkt, dass noch hunderte Generationen kommen werden und alle mit unserem Vermächtnis leben müssen.
3. Abkehr vom Irrglauben an technische Auswege. Technik, vor allem deren Masseneinsatz, ist keine Lösung, sondern Teil des Problems.
4. Alle Standard-Ökonomen, die unablässig Wachstum predigen, gehören aus den Hochschulen gejagt. Nicht länger sollten sie junge unbefangene Studierende mit ihrer Religion der Zukunftsverachtung vergiften dürfen.
5. Konzentration aller Forschung auf die Entwicklung einer dauerhaft anwendbaren und zukunftsverträglichen Wirtschaftsweise, statt auf immer neue idiotische Projekte des Größenwahns.

Wenn alles verpulvert ist, nützt der Menschheit keine Elektromobilität, keine Robotik, kein Smart-Home, keine Social-Media, kein Containerschiffsverkehr, keine konventionelle Landwirtschaft, ja eigentlich nichts des heute Alltäglichen. Dann stehen wir wieder im Jahr 1750, vor Industrialisierung und Erfindung der Dampfmaschine, nur mit der 10fachen Bevölkerung.

Über legale Verbrecherorganisationen (November 2016)

Wer meine Kolumne kennt, weiß, dass ich hier immer wieder (gewissermaßen als roter Faden in fast allen Beiträgen) Partei für die nachfolgenden Generationen ergreife. Sie sind verdammt dazu, zu akzeptieren, was wir ihnen hinterlassen. Während heutzutage die schlimmsten Ignoranten und Egoisten in Verbänden zusammengeschlossen sind, um für ihren warmen Hintern, ihre positive Geschäftsbilanz oder die Pflege ihres Feindbilds zu streiten, gibt es für Menschen, die später einmal auf derselben Erde leben müssen, keine Lobby.

Sie haben das große Pech, heute schlicht und ergreifend noch nicht geboren zu sein. In der Konsequenz heutiger wirtschaftlicher Entscheidungen werden sie von uns faktisch beraubt, um sauberes Wasser und Ackerfläche gebracht, mit Müll überschüttet, in Bürgerkriege gestürzt, vertrieben und um jede Perspektive gebracht. Damit sprechen wir ihnen die Menschenwürde ab. Doch kaum jemand nimmt dieses größte organisierte Unrecht zur Kenntnis. - Vielleicht muss man gegenüber den Verantwortlichen deutlicher werden:

Also Frage: Was genau ist eigentlich eine Verbrecherorganisation? Mögliche Antwort: Eine Gruppe von Leuten, die sich zusammentun, um Taten zu begehen, welche das Gesetz als Verbrechen und Straftaten einstuft. - Wie verhält es sich aber, wenn die Verbrechergruppe so mächtig ist, dass sie das Gesetz selber schreiben oder anpassen kann, etwa weil sie die Regierung kontrolliert oder selbst die Regierung stellt?

- Geschichtliche Beispiele für solche Fälle gibt es genügend: Diktaturen, Schreckensherrschaften und Kolonialherrenregime beraubten und töteten viele Millionen wehrloser Menschen. Bis ins 20. Jahrhundert hinein blieben diese Taten praktisch ungesühnt, weil kein Gericht über den Verbrechen stand und kein übernationales Gesetz existierte. Dies änderte sich erst nach dem zweiten Weltkrieg, als mit dem Hitler-Regime erstmals eine Regierung angeklagt, und mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ im Jahr 1948 erstmals ein weltweiter Rechtsstandard formuliert wurde. Leider blieb aber die Erklärung bis heute eine unverbindliche Empfehlung, und nur Verlierer kommen überhaupt vor Gericht (etwa: DDR-Funktionäre, Diktatoren aus Afrika, Südamerika, Asien, Generäle aus Ex-Jugoslawien, usw.).

Wenn nun aber das gesamte heutige wirtschaftliche Geschehen, das ja nach ganz speziellen Plänen und Überlegungen abläuft, im Endergebnis zur restlosen Ausplünderung der Zukunft führt und die sichere Verelendung von vielen Milliarden Menschen in den kommenden Jahrhunderten bedeutet, muss man doch erkennen: Auch das ist ein organisiertes Verbrechen, sogar das größte in der Geschichte.

Die Lenker, Unterstützer und Nutznießer dieses Wirtschaftssystems, also die Bosse der Organisationen, sind vornehme und geachtete Leute. Sie sitzen weltweit verteilt in politischen Parteien, Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbänden, in Universitäten und Instituten, also in vielen nationalen und multinationalen Unterorganisationen. Und das pfiffigste an der Geschäftsidee dieses Netzwerks ist: Der Raubzug steht im Einklang mit bestehenden Gesetzen und wird vom Fußvolk regelmäßig demokratisch abgesegnet.

Wie für einen gut durchbürokratisierten Totalitarismus üblich, versehen auch diesmal alle

Strukturen abwärts wie ein Uhrwerk stur ihren Dienst nach Vorschrift, bzw. ihren Konsum nach Erwartung. In ihrer Satttheit aus Brot und Spielen und in Angst vor Veränderung, verdrängen sie die Tatsache ihrer Mitschuld. Wollen diese Nutznießer und willigen Vollstrecker hinterher wieder behaupten, sie hätten von nichts gewusst, wären gezwungen worden oder hätten aus sonstigen Gründen heraus nicht anders handeln können?

Doch wenn auch alles völlig legal erscheint, eine Legitimation ist undenkbar. Noch nie hat eine globale Institution, eine deutsche Regierung oder eine politische Partei erklärt, dass die Menschenrechte für unsere Nachkommen nicht mehr gelten sollten. Und doch verhält man sich genau so, wenn man ständig mit Rufen nach Wirtschaftswachstum, Freihandelsabkommen, Unterstützung der Industrie, usw. den Frevel nur immer noch schlimmer macht, statt ihn zu beenden.

Die mächtigste Verbrecherorganisation der Weltgeschichte hat es nicht nötig, sich zu erklären. Sie kann sich jeder Gerichtsbarkeit entziehen, und ob ihre Anführer jemals zur Verantwortung gezogen werden, ist fraglich. Die rechtliche Messlatte wäre mit der Menschenrechts-Erklärung zwar da. Doch eine Verurteilung muss von außerhalb des Täterkreises erfolgen, und kein Gericht steht derzeit über der Organisation.

- Aber man kann ja nie wissen, was im begonnenen Zeitalter des schleichenden Zerfalls, in dem die befürchtete Zukunft allmählich zur Gegenwart wird, noch auf uns zu kommt. - Denn, wie dichtete einmal unser neuer Literatur-Nobelpreisträger: „... For the loser now will be later to win, For the times they are a-changin“.

Über das Postfaktentum (Dezember 2016)

Ein neuer Ausdruck ist gerade in Mode. „Postfaktische Zeiten“ seien angebrochen, lamentiert es in Talkshows und in deutschen Leitmedien, Zeiten, in denen Fakten, also belegbare Wahrheiten, immer weniger Bedeutung hätten. Politiker geben sich besorgt und rätseln über das neue Phänomen in der Demokratie.

Seit den Wahlerfolgen der AfD, dem Brexit in Britannien und erst recht nach dem Durchmarsch des Demagogen Trump zum US Präsidenten, fürchtet man, die Deutungshoheit an rechtsextreme Hetzer zu verlieren. Doch was ist von diesem neuerlichen Gejammer auf höchstem Niveau zu halten? Man sollte die einzelnen Aspekte hier auseinander halten:

1. Keine Frage, rechtsextremes Gedankengut beruht auf Dummheit und Menschenverachtung und ist gefährlich. Ob Trump in den USA, die AfD in Deutschland, der Front-National in Frankreich oder rechte Strömungen anderswo in westlichen Staaten, diese „neue politische Kraft“ verheißt nichts Gutes.

Leider gibt es nun mal unter den Wählern etliche mit rechtslastigen Sackgassen im Kopf, die jetzt den schimpfenden Ignoranten auf den Leim gehen. Die meisten Protestwähler allerdings haben lediglich die Nase voll von den seit Jahrzehnten regierenden politischen Eliten, die nur noch Vertröstung und Verachtung für sie übrig haben. Sie wollen vor allem irgendwie Sand ins Getriebe des verhassten Apparates werfen. Wie sagte kürzlich ein Kommentator: Immer mehr Leute würden auch Dieter Bohlen wählen, wenn sie damit nur Angela Merkel los würden.

2. Postfaktische Zeiten sind in Deutschland doch nichts Neues. Was haben die etablierten Parteien und ihre Gesinnungsfreunde in anderen gesellschaftlichen Spitzenpositionen denn anderes gemacht, als die Reichen zu bedienen, die Mehrheit der Bürger dafür schufteten und bluten und die Armen fallen zu lassen? Und verkauft haben sie das den Leuten dann noch als Fortschritt und Wohlstand, als Reise ins rosige Glück.

Dazu werden die natürlichen Lebensgrundlagen immer rücksichtsloser verheizt und im Zuge der Globalisierung und „Selbstoptimierung“ das Zerbröckeln von persönlicher Freiheit und beruflicher Sicherheit als notwendig angesehen. - Doch nun ist das Maß eben voll, und der Blick auf gesellschaftliche Gräben und die verdrängten Zukunftsfragen lässt sich nicht länger verstellen. Dahin sind die Zeiten, wo die Politik den Leuten Wasser als Wein einschenken konnte und die treuen Medien noch frech zum guten Tropfen applaudierten.

3. Es geht also bei der aktuellen Debatte gar nicht um Wahrheit, sondern um Angst. Da befürchten bestimmte Leute, von den fettesten Futtertrögen verdrängt zu werden. Der Begriff postfaktisch ist lediglich ein sprachliches Schwert, geschmiedet für den Kampf der alten Lüge gegen die aufstrebende Lüge. Es ist ein letzter Versuch zur Überrumpelung der Wähler, aber ebenso plump, wie jener Horst Seehofers, seine Zugehörigkeit zur Elite mit rechten Sprüchen zu verschleiern.

4. Und immer noch kriegen sie den Hals nicht voll. Wiedermal küren sie einen der ihren zum Bundespräsidenten, der für die nächsten Jahre mit salbungsvoll pastoralen Worthülsen den politischen Schwachsinn sanktionieren soll. Der Wirtschaftsminister, dieser stumpfsinnige Kumpan der Kohle- und Energielobby, und die Mittäter aus der Union zerstören unverfroren Deutschlands Technik-Vorsprung bei den regenerativen Energien. Doch die Altkonzerne braucht man ja wegen der gut bezahlten Stellungen für abgehalfterte Parteikollegen.

Und die Kanzlerdarstellerin erklärt, sie wolle noch einmal ihre „ganze Erfahrung, Gaben und Talente“ hergeben, um den Dienst für Deutschland zu tun. - Auweiah! Schon 11 Jahre lang verhindert dieser elende „Stabilitätsanker“ im Hosenanzug, dass das Schiff unserer Gesellschaft endlich in eine Zukunft aufbrechen kann, die den tatsächlichen Fakten Rechnung trägt. Jetzt droht uns weitere 4 Jahre lang „the same old shit“!

Schließlich aber lässt sich der Sache auch etwas Positives abgewinnen: Immer weniger Menschen glauben das Gewäsch unserer Führungsschicht, dies können wir schon mal festhalten. Momentan scheinen für viele Leute nur die rechtsextremen Bauernfänger einen Kontrast zu bieten. Linke und Grüne sind mit ihren altbackenen Theorien, bzw. ihrer Anbiederung an die CDU offenbar nicht interessant genug.

Ist da nicht allmählich Platz für eine ganz andere Art von politischer Kraft, die das Unbehagen überparteilich aufgreift und alte Sachzwänge und wirtschaftspolitische Strukturen ignoriert? Die Probleme unserer Gesellschaft liegen doch auf der Hand, und jeder weiß inzwischen, dass wir sie radikal an der Wurzel packen müssen, wenn wir nicht wollen, dass eine unkontrollierbare Zukunft uns radikal am Hintern packt.

Wahrscheinlich wäre eine solche Bewegung sogar die einzige Möglichkeit, einerseits das korrupte Establishment los zu werden und andererseits die rechtsradikale Ersatzbande noch zu verhindern.

Über Öffentlich-Rechtliche Einfärbungen (Februar 2017)

Welchen Nachrichten kann man noch glauben? Sind hier die öffentlich-rechtlichen Medien tatsächlich der Fels in der Brandung aus „Fake-News“, unparteiischer als die großen Zeitungen und ausgewogener als die sonstigen Nachrichten im Internet?

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, so heißt es, besitzt eine „dienende Funktion“. Zur Förderung des Gemeinwohls soll er die Bevölkerung, im Geiste von Grundgesetz und Demokratie, mit objektiver Berichterstattung versorgen und umfassend freie Meinungsbildung gewährleisten. Sämtliche Strukturfragen der Sendeanstalten ARD, ZDF und Deutschlandradio regelt ein umfangreiches Werk aus Landes- und Bundesgesetzen,

Satzungen, Vereinbarungen, Verträgen, usw.

Zur personellen Kontrolle sind jedem Sender Rundfunk- und Aufsichtsräte zugeordnet. In den insgesamt 9 ARD-Rundfunkräten, im ZDF-Fernsehrat und im Dradio-Hörfunkrat, sitzen „als Anwälte der Zuschauer“, Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen. Sie sollen generell das Programm mitbestimmen, den Intendanten wählen und den Haushaltsplan genehmigen, - so zumindest die schön klingende, offizielle Theorie.

Die wahren Herren dort sind jedoch die großen Parteien und die Ministerpräsidenten. Erst im März 2014 mahnte das Bundesverfassungsgericht, den Anteil der Politiker in den Rundfunkräten auf maximal ein Drittel zu senken: „Die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss als Ausdruck des Gebots der Vielfaltsicherung dem Gebot der Staatsferne genügen. Danach ist der Einfluss der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien konsequent zu begrenzen.“

Doch so leicht lassen es sich die „staatlichen und staatsnahen“ Insider nicht nehmen, den ihnen passenden Intendanten zu bestimmen und bei der Journalistenauswahl und der Programmgestaltung das letzte Wort zu haben. Immerhin schreiben sie auch die betreffenden Rundfunk-Gesetze und Satzungen selbst, wo drinsteht, welche gesellschaftlichen Gruppen wie viele Vertreter in die Rundfunkräte schicken dürfen.

So bleibt auch nach dem Urteil von 2014 alles beim Alten. Im restlichen Zwei-Drittel-Anteil der Rundfunkräte ohne Parteibuch sind noch genügend Getreue vorhanden, die im Sinne der Parteien abstimmen. Im Jahr 2010 z.B. wählte der Rat des Bayrischen Rundfunks Ulrich Wilhelm, der bis dahin Regierungssprecher Angela Merkels war, mit 40 zu 3 Stimmen zum Intendanten. Seine Wiederwahl 2015 erfolgte mit 33 zu 5 Stimmen. Er und sein CSU-Spezi Siegfried Schneider, Chef der „Bayrischen Landeszentrale für neue Medien“, sorgen, wie gewohnt, für die „richtigen“ Fakten. Beide erhalten über 300.000 Euro Grundgehalt jährlich.

Nur manchmal erfährt die Öffentlichkeit etwas von den Machtkämpfen in den Sendeanstalten. So wurde z.B. im Jahr 2010 der ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender von der CDU (von Roland Koch und Edmund Stoiber) mit Duldung der SPD aus dem Amt geworfen, weil er das „Spitzelsystem, das davon lebt, dass Redakteure den Parteien Senderinterna zutragen“, nicht hinnehmen wollte. Einige Journalisten, so Brender, seien „informelle Mitarbeiter“ der großen Parteien. Es bestünde ein „feingespinnenes Netz von Abhängigkeiten“.

So haben denn viele Nachrichten in Radio und Fernsehen die gewisse Tendenz. Aufmerksame Beobachter können täglich Beispiele hierzu finden:

Die ständigen US-Interventionen weltweit, per Geheimdienst, Militär und Waffenlieferungen, mit Hunderttausenden getöteter Zivilisten, werden stets milde beurteilt. Verschwiegen wird, dass hier der Hauptgrund für den neuen Terrorismus und das Flüchtlingselend liegt. Das derzeitige ökonomische System, basierend auf der absurden neoklassischen Wirtschaftstheorie, wird nicht in Frage gestellt. Politiker dürfen sich auf Überschriften-Politik beschränken und keiner kommentiert es, dass dieses selbstverliebte Schwätzertum die Weltgesellschaft in den Untergang rasseln lässt.

Das Verfassungsgericht hätte die Parteien vollständig aus den Sendeanstalten verweisen müssen. Jeder Einfluss läuft doch nur auf Wahlkampf hinaus. Was wäre es so schön, wenn Radio und Fernsehen von freien Journalisten geführt würden, ohne den Druck ideologischer Bremsklötze. Es könnten dort visionäre Querdenker arbeiten und der Bevölkerung neue Perspektiven aufzeigen. Dann wüsste sie auch, was für elende Pfuscher sie bisher gewählt hat. Doch zur obigen Frage: Die ÖR-Medien tanzen zu oft nach Parteipfeifen. Zur objektiven Information muss man noch andere Nachrichtenquellen hinzu nehmen, dann mit dem eigenen Verstand abwägen und öfters mal die berühmte Frage durchspielen: „Wem nützt es?“

Über „Verbündete“ (März 2017)

Man sollte die aktuelle Diskussion um die NATO zum Anlass nehmen, um grundsätzliche Fragen zu diesem Bündnis zu stellen. Geht es wirklich, wie immer dargestellt, um die Verteidigung gegen Kommunismus, Drogen und Terrorismus? Was ist die USA für ein Land, das hier die Vorgaben macht und alles bestimmen will?

- Im Jahr 1821 mahnte US-Präsident John Quincy Adams, die USA sollten nicht „auf der Suche nach Ungeheuern“ in die Welt ziehen. Dann nämlich wäre nicht mehr die Freiheit, sondern die Gewalt Inhalt amerikanischer Politik, und das Land würde zum „Diktator der Welt“ und „seine Seele verlieren“.

Um die Wende ins 20. Jahrhundert waren Adams' Worte vergessen. Für die Kontrolle über den Panamakanal bewaffnete man eine kleine Separatistengruppe in Nord-Kolumbien und fuhr am Tag des Aufstandes die US-Flotte drohend vor der Küste auf. Kolumbien war eingeschüchtert, und so entstand 1903 der neue Staat Panama, der die Kanalrechte an die USA abtrat.

Bis 1940 wurden in Süd- und Mittelamerika mit geheimen Waffenlieferungen mehrere Regierungen gestürzt. Im Iran machte der gewählte Präsident Mossadegh im Jahre 1953 den Fehler, das britische Ölmonopol im Land zu verstaatlichen. Daraufhin wurde seine Regierung von britischem und US-Geheimdienst gestürzt und der Schah von Persien als Alleinherrscher eingesetzt. Nach zwei gescheiterten Versuchen, in Chile die demokratische Wahl des linken Präsidenten Allende zu sabotieren, wurde ein Putsch unter General Pinochet organisiert und Allende „geselbstmordet“. - (Für weitere der vielen Beispiele fehlt hier der Platz.)

Laut einer Studie der NGO Global-Research-Kanada hat die USA seit Ende des 2. Weltkriegs 37 Länder angegriffen oder durch Geheimdienstarbeit in Bürgerkriege getrieben. 20 bis 30 Millionen Menschen wurden dabei getötet. Die „Liste bekannt gewordener CIA-Operationen“ (in Wikipedia) nennt 32 Fälle seit 1948. Dies waren Wahlmanipulationen, Schwächung von Oppositionsgruppen, Staatsstriche, gezielte Morde, Diktatoren-Hilfe, Aufrüstung nützlicher Verbrecher, Drogenhandel und andere Destabilisierungen. Die Dunkelziffer dürfte, beim Jahresbudget der US-Geheimdienste von weit über 50 Milliarden Dollar, zigmal höher liegen.

- Was haben Angriffe auf schwache Länder mit Verteidigung zu tun? Warum tut die USA das?

William Blum, früher im US-Außenministerium, heute Publizist in Washington, nennt vier Gründe:

1. Um den Weg für US-Unternehmen zu ebnen und zu sichern.
2. Um der US-Waffenindustrie, die Kongressmitgliedern großzügig Geld spendet, Einnahmen zu verschaffen
3. Um jegliches Gesellschaftsmodell zu verhindern, das eine Alternative zum Kapitalismus sein könnte.
4. Um die politische und wirtschaftliche Macht über möglichst viele Gebiete zu erweitern.

- Meist werden Militäraktionen mit Lügen begründet, um das Einverständnis der Öffentlichkeit zu erhalten. So war es bei den Kriegen im Irak, Libyen und Jugoslawien, aber auch in Vietnam, Afghanistan, u.A.

Willi Wimmer, ehemals verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, Staatssekretär im Verteidigungsministerium unter Kohl und früher OSZE-Vizepräsident, ist der Überzeugung, dass der Syrienkrieg systematisch von Geheimdiensten der USA, Britannien und Frankreich angezettelt wurde. Man bewaffnete Al-Kaida-Truppen, nannte sie „gemäßigte Rebellen“ und

erfand Horrormeldungen über die syrische Armee. Dies deckt sich mit dem Bericht des ehemaligen Nato-Generals Wesley Clark, dass die Kriege im Nahen Osten von der US-Regierung lange vorher geplant wurden.

Bundeskanzler Kern aus Österreich (kein NATO-Mitglied) sagte beim EU-Gipfel im Februar, Hauptgrund der Massenflucht im Nahen Osten seien die Interventionen der USA. Von dieser Deutlichkeit ist unsere Frau Merkel weit entfernt. Sie streut lieber, wie auch ARD und ZDF, Sand in die Augen der Bürger.

Tatsache ist, dass die USA mit dem Krieg-Führen gar nicht aufhören KÖNNEN, weil die mächtige Militärindustrie ständig Aufträge braucht. Es müssen immer neue Konflikte her, welch Leid es auch kostet. „Verteidigung“ ist nur noch die Bekämpfung selbst erschaffener oder künstlich aufgeblähter Gegner. Niemals wird sich die NATO vom Modus „Kalter Krieg“ verabschieden. Das amerikanische Gesellschaftsmodell beruht direkt auf der Ausplünderung schwächerer Staaten und nachfolgender Generationen. Und wenn die NATO Russland noch weiter in die Enge treibt, kann es auch für uns Deutsche, die wir treu ergeben die Kriege des seelenlosen Welt-Diktators dulden, ganz böse ausgehen. (PS.: - Aufklärend und zum Thema sehr zu empfehlen: Wikipedia-Artikel zum Vietnamkrieg)

Über Christen und Politik (April 2017)

500 Jahre ist es nun her, seit Martin Luther seine Kritik an der römisch-katholischen Kirche veröffentlichte. Anders als etliche Reformatoren vor ihm, konnte ihn die mächtige Obrigkeit nicht zum Schweigen bringen. Dies lag vor allem an seinem Beschützer, dem Kurfürsten Friedrich III. von Sachsen.

Friedrich, „der Weise“, der eigentliche Ermöglicher des Protestantismus, hatte durchaus andere Motive als sein Schützling. Während es Luther vornehmlich um theologische Inhalte ging, sah der Kurfürst auch eine Gelegenheit, sich vom weltlichen Einfluss des Kirchenapparats ein Stück weit zu befreien. Nahezu alle Länder des damaligen Europa litten unter dem erdrückenden Einfluss Roms, das die politische Führungsschicht im Griff hatte und überall mit abkassierte.

Schon der jüdische Wanderprediger Jesus von Nazareth kritisierte 1500 Jahre zuvor die Verflechtung von Glauben und Geschäft auf drastische Weise. Zornig, und mit einer eigens dafür aus Stricken geflochtenen Geißel bewaffnet, trieb er in Jerusalem die Opferviehändler und Geldwechsler gewaltsam aus dem Tempel.

Auch in sozialen Fragen war Jesus wesentlich entschiedener als der obrigkeitshörige Luther, der den Aufstand leibeigener Bauern gegen ihre Unterdrücker mit den Worten kommentierte, man solle sie „totschlagen wie Hunde“.

Die katholische Kirche beschloss erst während des 2. Vatikanischen Konzils in den 1960er Jahren offiziell die Trennung von Staat und Kirche, pflegt aber gewisse Beziehungen bis heute. In meiner Jugendzeit wurde im katholischen Gottesdienst am Wahlsonntag von der Kanzel herab unmissverständlich gemahnt, CDU zu wählen.

Ob bischöfliche Hirtenbriefe heute noch solche Anweisungen enthalten, ist mir nicht bekannt. Doch man vermittelt den Gläubigen auch auf andere Weise, welche Partei „göttliches Zertifikat“ besitzt. Politiker halten regelmäßig Reden während großer kirchlicher Anlässe wie EKD-Synodentagungen, Deutscher Katholikentage, Ökumenischer Kirchentage, usw. Regional wird dies ergänzt von Veranstaltungen wie etwa den „biblischen Weinproben“ der CDU-Vorsitzenden und Theologin Julia Klöckner.

- EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strom „warnt“ in Sonntagsreden kalkuliert folgenlos vor Rechtsextremismus und Klimaerwärmung. Den ehrlichen Hinweis auf die Ursachen aber, auf

das rücksichtslose Wirtschaftssystem und seine Verfechter, bleibt er stets schuldig. Nun ja, auch er ist sich der gegenseitigen Abhängigkeiten bewusst.

Wer weiß schon, dass Bund, Länder und Gemeinden die christlichen Kirchen pro Jahr mit mindestens 17 Milliarden Euro subventionieren. Hierbei handelt es sich um Steuerverluste und -befreiungen, direkte Gehalts- und Pensionszahlungen an Bischöfe, Religionsunterricht in Schulen, theologische Ausbildung an Universitäten, Baulastverpflichtungen gegenüber Kirchenimmobilien, Zahlungen für sog. „Reichnisse“ (z.B. Brennholz, Erbsen, Linsen), die deutsche Kommunen aufbringen müssen und Anderes.

Wohl gemerkt: Hierin ist die Übernahme von oft über 90% der Kosten für kirchlich getragene Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und Kindergärten durch den Staat NICHT enthalten (Caritas und Diakonie bekommen hierfür 50 Milliarden).

All das wird begründet mit der Säkularisierung im Jahre 1803 zur Zeit Napoleons, für die man immer noch entschädigen müsse. Zwar wurde dafür die Kirchensteuer eingeführt, und es gab seitdem 4 bzw. 5 staatliche Neuordnungen, wo man dies hätte beenden (siehe Art.140 GG) und Staat und Kirche endgültig trennen können. Doch weil bestimmte Parteien die großen Kirchen brauchen, wird halt immer weiter gezahlt.

Äußerst pikant dabei ist: Die christlich etikettierte Partei ist die eifrigste Verfechterin des verheerenden Wirtschaftssystems und der verlängerte Arm der Wirtschaft, also der modernen Form jener Jerusalemer Geldwechsler und Opferviehhändler. Und mit solchen Leuten, die für den Profit die natürlichen Lebensgrundlagen verheizen, pflegen die evangelische und die katholische Kirche eine lukrative Win-win-Situation. Für einen Christen aber sind diese Lebensgrundlagen identisch mit der Schöpfung, die Gott den Menschen als Heimstatt und zur Bewahrung anvertraute.

Wo die Kirchen früher Andersgläubige, Homosexuelle und kluge Frauen umbrachten, vergehen sie sich heute in ähnlicher Ignoranz an der Wirklichkeit der Christen von morgen und an der Schöpfung als Ganzem.

- Die Gläubigen sollten sich einmal fragen, ob der Gott der Wirtschaft, der Politik und der Amtskirchen überhaupt jener sein kann, von dem Jesus sprach und ob es nicht höchste Zeit für eine neue „Tempelreinigung“ wäre.

Über die Methode Syrien-Bashing (Mai 2017)

Es reicht den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und großen Printmedien offenbar nicht aus, in massiver Weise den Krieg gegen unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu unterstützen. Auch in puncto globaler Feindbildpflege geben sie die linientreuen Propagandisten westlicher Wirtschaftsinteressen. So begann Anfang April mit einem der syrischen Armee unterstellten Giftgasangriff das nächste Kapitel der Syrien-Hetze.

- Ohne Assad und seine Verbündeten zu verteidigen, muss man doch feststellen: Die Objektivität in der Berichterstattung zu diesem Stellvertreter-Krieg der Großmächte ist völlig abhanden gekommen. Auf Kritik an ihrer Einäugigkeit reagieren die Medien nur mit noch schärferer Meinungsmache, wie etwa dem neuen „ARD-Faktenfinder“ oder „Dradio-@Mediasres“ Hier wird der einhellige Schwindel lediglich „seriöser“ untermauert.

- Beim Syrien-Bashing ist die Methode deutlich:

1. Der Grundsatz deutscher Rechtsprechung, dass ein vermuteter Täter erst durch Beweise schuldig wird, entfällt einfach. Für die Medien war von Anfang an der „mutmaßliche“ auch ein klar erwiesener Giftgasangriff.
2. Der gesunde Menschenverstand zur Indizien-Recherche fehlt komplett. Warum sollte die syrische Armee, die derzeit immer mehr Gelände zurück gewinnt, Giftgas einsetzen, wo doch

auch andere Waffen den Zweck erfüllen? Warum sollte sie es sich gegenüber der Weltöffentlichkeit so billig verscherzen? Den Nutzen hatten allein Assads Gegner, die eindeutig Giftgas, Produktionsstätten und Vorprodukte besitzen. Viel mehr deutet auf eine üble Inszenierung hin, um Donald Trump in den Kampf gegen Assad zurück zu zwingen.

3. Sämtliche Meldungen zu Syrien kommen aus zwielichtigen Quellen. Die dubiose „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“, ein Ein-Mann-Büro in London, sammelt lediglich Darstellungen der sogenannten „Rebellen“ und gibt sie als vermeintliche Nachrichten weiter. Das ARD-Studio-Kairo veredelt diesen Müll. Die rührenden Videos des westlich bezahlten Al-Nusra-Zivilschutzes, der sich „Weißhelme“ nennt, sind mit gestellten Szenen, geschminkten Kindern, Leichen als Verletzten, falschen Ärzten, fatalen OP-Methoden usw. durchsetzt, wie es z.B. die „Schwedischen Ärzte für Menschenrechte“ feststellen.

4. „Gemäßigte Rebellen“ gibt es gar nicht in Syrien. Die demokratische Opposition schweigt oder sitzt im Ausland, aber nimmt nicht mit Pick-Ups, US-Waffen und schwarzen Fahnen ganze Stadtteile in Geiselhaft.

5. Assad ständig als Diktator zu titulieren, soll die Tatsache verwischen, dass das syrische Volk mehrheitlich für ihn ist, im Gegensatz zu Trump in den USA. Sie wissen genau: Ohne ihren Präsidenten würde Syrien ebenso implodieren wie Libyen, Somalia und andere von der NATO „befreite“ Länder, wo Milizenclans herrschen, die sich gegenseitig abschlachten – ein Paradies allenfalls für Waffenhändler.

6. In Berichten zu Kampfhandlungen gilt strikt zweierlei Maß. Es gibt „böse“ Fass-Bomben der syrischen Armee etwa auf Ost-Aleppo, und es gibt „gute“ Bomben von US-Jets und US-Drohnen auf Mossul, Rakka, usw. Letztere sind weitaus zahlreicher und treffen ebenfalls regelmäßig Zivilisten, Kinder und Krankenhäuser, doch davon hören wir so gut wie nichts.

Aber warum berichten unsere Medien derart tendenziös? - Weil die Politische Korrektheit es fordert! Das Festhalten am Eroberungswillen der NATO im Nahen Osten ist eine Analogie zum Festhalten am zerstörerischen Wirtschaftssystem ihrer Staaten.

Beides wird von West-Medien als „alternativlos“ angesehen. Beides erwarten Verleger, Intendanten und politische Eliten. Die Wirtschaftsjournalisten, welche Klimaänderung, Kollaps der Meere und den Rest des Dramas mit Krokodilstränen beklagen und dann weiteres Wachstum fordern, sind ebenso Kriegstreiber, wie die Auslandskorrespondenten, die von Demokratisierung faseln und dann die Taten der neoliberalistischen Kreuzritter rein waschen. In ihrer milchbübischen Naivität, görenzickigen Blindheit und altherrenhaften Ignoranz kriegen sie nicht mit, aus welcher Richtung die größte Gefahr für die Weltgemeinschaft droht.

- Keine Spur mehr von den charakterlichen Eigenschaften eines Peter Scholl-Latour! Und Leute, die wirklich schlüssige Analysen der Zusammenhänge liefern, wie etwa Prof. Günter Meyer, Orient-Experte an der Uni Mainz, Michael Lüders, Politik- und Islamwissenschaftler, Daniele Ganser, Schweizer Historiker, Prof. Theodore Postol am MIT, USA, Kevork Almassian, syrischer Videoblogger, Tom Dugan, britischer Journalist in Damaskus, der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer und viele andere, werden einfach zu Verschwörungstheoretikern erklärt. - Auch dafür zahlen wir Rundfunkbeitrag!

Über Irrwege der Autoindustrie (Juni 2017)

Es kommt einem so vor, als wäre der „Dieselskandal“ nichts weiter als ein Kavaliersdelikt. Da haben die Chefs der Autoindustrie den gesellschaftlichen Wert einer Technologie systematisch und mit aufwändigen, fiesen Tricks über viele Jahre massiv geschönt, aber keiner scheint sich aufzuregen. Bis zum 40-fachen der Werksangaben betrug der Schadstoffausstoß im wirklichen Normalbetrieb.

Nicht nur der VW-Konzern hat die Abgaswerte manipuliert, sondern weltweit alle anderen

Autobauer ebenfalls. Genau genommen war die Sache weniger ein Skandal, sondern in mehrfacher Hinsicht ein abgesprochenes Verbrechen:

1. Mit dem Dieselmotor haben die Manager an einem Produkt festgehalten, das eigentlich seit über 30 Jahren aus dem Verkehr gezogen gehört. Welch Unmengen an Energie und Rohstoffen wurden durch den Marsch in diese technologische Sackgasse verschwendet? Mit welcher sinnvollerer Entwicklungen hätten die Techniker sich in der Zwischenzeit beschäftigen können? Die Alternativen, - natürlich auch zum Benzinmotor, - wären heute längst marktreif!

2. Den Käufern wurde eben KEIN gutes Produkt verkauft, wie es die Werbung verspricht, sondern sie wurden nach Strich und Faden verarscht. - Gut, manchen ist dies egal, die wollen einfach nur fahren. Doch dieses Fahren ist für die Gesundheit anderer dramatisch, denn:

3. Dieser Gangster-Coups kommt, genau genommen, einem geduldeten Giftgaseinsatz gegen die Bevölkerung gleich. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie der „Environmental Health Analytics“ (LLC) in Washington, sind in den Ländern der EU, allein im Jahre 2015, über 32.000 Menschen durch Dieselaabgase gestorben. 11.400 weniger wären es gewesen, wenn man die Grenzwerte eingehalten hätte. Diese zusätzlichen Opfer gehen aufs Konto der Abgasfälscher und ihrer Mitwisser.

- Seltsam genug, dass die Medien in der Berichterstattung hier lediglich von sogenannten „vorzeitigen Todesfällen“ sprechen. Sind diese an Asthma, Bronchitis, Herz-Kreislaufkrankungen, Krebs und sonstigen Folgen dahin gerafften Toten weniger schwere Fälle? Wer erschlagen, erschossen, erdolcht, oder in die Luft gesprengt wird, kommt ebenfalls „vorzeitig“ zu Tode, wird aber als getötet, ja als ermordet bezeichnet. Wieso dieser verharmlosende Unterschied in der Formulierung? Juristisch gesehen liegen wir hier doch bei bandenmäßiger, fahrlässiger Tötung aus Habgier in 11.400 Fällen PRO JAHR.

4. Die Politik wusste Bescheid, auch wenn sie es abstreitet, zu deutlich bestehen hier gewisse Seilschaften. Unsere Kanzlerdarstellerin meinte vorm Untersuchungsausschuss natürlich, dass eine „Überforderung der deutschen Automobilindustrie“ durch Umweltauflagen vermieden werden müsse. Mit anderen Worten: Für mehr Wirtschaftswachstum sind ein paar Tausend Tote jährlich tolerierbar. CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs streitet im Interview im Deutschlandfunk erhöhte Abgaswerte einfach ab und hält die „gefaketen“ Werte für real. Er will „die Kirche im Dorf lassen“ und meint bezüglich des Abgasausstoßes: „Viel weiter runter geht das nicht.“ Fuchs bekennt sogar frei heraus, dass man, - also die Wirtschaftsverbände inklusive der Mineralölkonzern-Lobby, - das Elektroauto eigentlich gar nicht wolle! Dessen „Wertschöpfung“ läge nur bei 40 Prozent von der eines Autos mit Verbrennungsmotor!

5. Schließlich: Auch Elektroautos mit Lithium-Ionen-Akkus sind eine Sackgasse, in die man gar nicht erst einbiegen sollte. Die Rohstoffe dafür sind jetzt schon bald knapp. Die Zukunft gehört, neben ganz neuen Mobilitätsformen, vielmehr Autos und LKWs mit Brennstoffzellenantrieb. Die fahren mit Wasserstoff, verbrennen ihn jedoch nicht, sondern wandeln ihn auf elektro-chemischem Wege in Strom um. Aus dem Auspuff tropft lediglich klares Wasser. Aus vielen regenerativen Energieanlagen in Deutschland könnten dezentrale Tankstellen werden, die unabhängig von Importen neben Strom auch Wasserstoff erzeugen.

Doch, und hier schließt sich der Kreis: Die Weiterentwicklung regenerativer Energietechnik wird von den Verbrennungsmotor-Freunden in der CDU/CSU/SPD/FDP ja ebenfalls blockiert. - Welch anderen Beweis für deren Beschränktheit braucht es denn noch? Können die sich wirklich nicht denken, dass sie am Ende der Sackgasse mit leeren Händen dastehen werden, ohne eine einsetzbare technische Alternative?

- Oder die Erklärung ist sogar folgende: Was aus der Autoindustrie in Zukunft wird, ist den Konzernchefs in Wahrheit völlig egal. Ihre Schäfchen kriegen sie auch mit der alten Motortechnik ins Trockene. Angesichts der Nach-uns-die-Sintflut-Mentalität dieses Gesocks gegenüber den natürlichen Lebensgrundlagen wäre diese zunächst unwahrscheinlich klingende Deutung durchaus schlüssig.

Über Verantwortung bei der Wahl (Juli 2017)

Im September ist wieder mal Bundestagswahl. Es bieten sich dieselben Parteien mit denselben Sprüchen an, wie immer. Grundlegende Veränderungen sind nicht in Sicht, es ist „the same old shit as ever“.

Um Zukunftsgestaltung geht es schon lange nicht mehr, also um ernsthafte Konzepte, wie der bevorstehende Kollaps aller unserer Lebensgrundlagen noch abgemildert werden kann. Es geht nur um die Frage, wer den Niedergang verwaltet und den übrigen Teil der Bevölkerung, national, global und generationenübergreifend, weiterhin bestehen darf.

Zu viele Wähler bedenken nicht, die Folgen der Politik „ihrer“ Partei aus der Position unserer Enkel und Urenkel zu betrachten. Die müssen letztendlich, ob sie wollen oder nicht, jene Früchte fressen, welche die heutige Politik hervorbringt. Und es sind viele Milliarden Menschen, die in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten auf diesem Planeten mit unseren Hinterlassenschaften und Ausplünderungen werden zurechtkommen müssen.

Sie werden kaum lachen über das aktuelle Theater um den wahren Klimaschutz, über den Schaukampf zwischen US-Präsident Trump und den übrigen Unterzeichnern des Pariser Klimaabkommens. Trump sagt vorher, dass er nichts tut. Die anderen flanieren mit ihren Absichtserklärungen wie mit Heiligenscheinen wochenlang durch die Medien, - und tun am Ende ebenfalls: NICHTS!

So geht das seit über 20 Jahren mit dieser globalen Heuchler-Bande, die sich bald wieder sündhaft teuer beim G20 in Hamburg feiert. Immer findet sie neue Tricks und Ausreden zur Fortführung ihrer Zukunfts-Plünderung. Ihre Shows sind im Prinzip nichts als Wahlkampf, denn permanent müssen die Einfältigen im Bürgertum verkackeiert werden, die Kurzsichtigen, die Teilgebildeten, die Vergesslichen, denen die Zusammenhänge in der Lindenstraße näher sind, als die ihrer eigenen Realität.

Der CDU-Wähler ist konservativ, aber er begreift nicht den Unterschied zwischen wert-konservativ und struktur-konservativ. Die CDU verteidigt allenfalls wirtschaftsideologische, spießbürgerliche und autoritär-christliche Werte. Ansonsten schützt sie ausgiebig den Einfluss und den Umsatz der bestehenden Wirtschaftsstrukturen.

Existenzielle Werte tritt sie mit Füßen, denn deren Bewahrung verhindert Profite. Aus Sicht der nachfolgenden Generationen ist die CDU/CSU die mächtigste deutsche Verbrecherorganisation. Hauptsächlich sie generiert Wohlstand allein mittels Beraubung ärmerer Weltregionen und unserer Nachkommen.

Der SPD-Wähler glaubt an die sozialdemokratische Fiktion in der asozialen Ökonomie. Er lässt sich leicht von sozialer Frömmerei aus dem Munde von Schulz und Konsorten den Verstand benebeln. Dass die SPD vor der Wahl eigentlich immer links blinkt, um dann rechts abzubiegen oder mit Motorschaden liegen zu bleiben, ist seinem Erinnerungsvermögen entschwunden.

Der AFD-Wähler steht auf Rechtspopulismus und merkt nicht, dass er üble Neoliberalisten unterstützt.

Der FDP-Wähler würde CDU wählen, möchte aber weniger Einmischungen in

Privatangelegenheiten. Dass die FDP mit Freiheit aber eigentlich die Freiheit zu ungebremstem Profit meint, und dass dies seine eigene Freiheit beschädigt, sieht er nicht. Die LINKEN-Wähler glauben an altbackene Umverteilungskonzepte, die ökonomisch nicht nachhaltig, ökologisch völlig leer und auch ein Stück weit ungerecht sind. GRÜNEN-Wähler geben sich mit den paar ökologischen Aufhübschungen zufrieden, welche die zur liberalen Umwelt-CDU degenerierten „Realos“ noch auf die Reihe kriegen. Dass Leute dort früher den Umbau des Wirtschafts-Systems und den marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen dafür denken konnten, dann aber als Fundis rausgeekelt wurden, wissen sie nicht mehr.

Und sonst? - Die ÖDP, die einzige wirklich wertkonservative Partei, nimmt grundsätzlich keine Parteispenden an. Statt dass die Staatsmedien über diese Voraussetzung zur politischen Unabhängigkeit berichten, beweihräuchern sie lieber den verstorbenen Frevler an den natürlichen Lebensgrundlagen Helmut Kohl, der die CDU-Geldgeber aus der Hochfinanz nicht nennen wollte. Die Partei DIE PARTEI schließlich, bekennt sich zum Verzicht auf ohnehin nicht umsetzbare Inhalte. Damit ist sie zumindest ehrlich und taugt als Protestpartei.

Die Menschen in der ferneren Zukunft, z.B. im Jahr 2100, werden wissen, dass ihre Lebensgrundlagen von neoliberalistischen Eiferern in verschiedensten Parteien weltweit für den Profit geopfert wurden. Könnten sie im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 einen Appell an uns richten, würde der lauten: „Wer noch ein Funken Anstand und Ehrgefühl in sich trägt, darf diesen Gangstern, und vor allem der CDU/CSU, keine Stimme geben!“

Über die fehlenden Worte (September 2017)

In drei Wochen ist es wieder soweit. Die Pflichtübung „Bundestagswahl“ wird durchgezogen. Hinterher sind dann abermals Parteien am Ruder, die für die Beibehaltung des derzeitigen Wirtschaftssystems stehen. Welche Schäden diese Ökonomie an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Menschheit anrichtet, habe ich an dieser Stelle schon mehrfach verdeutlicht.

Es war die Rede davon, wie dieses System in Deutschland beispielsweise die ländlicheren Regionen langsam ausblutet und die Ballungszonen aus allen Nähten platzen lässt, - wie es die Verschwendung zum Ideal unseres Alltags gemacht hat und wie es zur stetigen Steigerung des Verbrauchs zwingt, - wie es die Leute allmählich krank macht, körperlich und psychisch, - wie es ihnen systematisch die Zeit stiehlt und Muße diskriminiert, - wie es die früher normale und sichere Erwerbsarbeit langsam kaputt macht, die noch Sinn, Bestätigung, finanzielle Sicherheit und Perspektive geben konnte, usw., - wie es die „Dritte Welt“ in Not und Bürgerkriege treibt und unseren Nachkommen nichts mehr übrig lässt..

Unsere Gesellschaft ist zum restlosen Verbrauch ihrer Grundlagen und ihrer nicht-materiellen Werte verurteilt, gewissermaßen also zum Ausbluten verurteilt. Und weil Wahlen nichts ändern, weil das Volk manipuliert wird, stimmt es wie dumme Kälber, die ihren Schlachter selbst wählen, wieder für die Bewahrerin des Zerfalls, Angela Merkel. Selbst wenn, wie in Frankreich, die Wahlbeteiligung auf 45% fällt, wird diese aalglatte Person, unterstützt vom Koalitionspartner, der Wirtschaft weitere 4 Jahr lang die zerstörerischen Geschäfte decken.

Manchmal überlege ich, wieso dies alles so kommt, wieso die Leute nicht vorher erkennen oder sich sagen lassen, was sie sich einbrocken. Jüngst fiel mir der Roman „Briefe in die chinesische Vergangenheit“ von Herbert Rosendorfer ein, in dem der chinesische Mandarin Kao-tai mit Hilfe einer Art Zeitmaschine aus dem 10. Jahrhundert ins München der 1980er

Jahre reiste. Dort sendet er ausführliche Berichte an seinen zuhause gebliebenen Freund und beschreibt, mal spöttisch, mal entsetzt, mit köstlichen Worten und mit unumstößlicher Distanz die seltsamen Gewohnheiten in der fremden Gesellschaft der Zukunft, seiner Zukunft.

Was, so dachte ich, stünde wohl in Briefen, die ein Mensch aus der Zukunft, etwa aus dem Jahr 2164, an uns heutige Menschen im Jahr 2017, also an die Akteure in seiner Vergangenheit, schicken würde? Aus der zeitlichen Distanz heraus und im Wissen um die Folgen fände er sicherlich die richtigen Worte, die uns heute zur Beschreibung des laufenden Verhängnisses fehlen. Unser Zeitgeschehen wäre für ihn nicht nur bloße Geschichtsschreibung, die ihn kaum betrifft, sondern es wäre die Vorbereitungsphase seines eigenen Desasters, eine Zeit, die unmittelbar zur schweren Beschädigung der Lebensgrundlagen im Jahr 2164 führte.

Dort wird man Analysen anstellen zur Frage „Wie konnte es so weit kommen?“ Wieso beging die Welt-Gesellschaft, während sie sich noch mit der Frage beschäftigte: „Wie konnte Auschwitz geschehen?“, gleichzeitig das nächste Menschheitsverbrechen? Wieso blieb die Empörung über den bürokratisch organisierten Mord an 6 Millionen Menschen derart folgenlos, dass man die bürokratisch organisierte fahrlässige Tötung an vielen 100 Millionen begann und Jahrzehnte lang betrieb?

Vielleicht wird man einmal Tausende von Geschäftemachern und Politikern selbst posthum noch in Schauprozessen anklagen und enteignen. Die heutige bürgerliche Bevölkerung wird wiedermal als opportunistische Masse williger Vollstrecker in der Zeitgeschichte stehen, angeführt von einem hier beispiellos verantwortungslosen Journalismus der Mainstream-Medien. Die heutige Demokratie wird als geschickt eingefädelte Diktatur gelten, wo Denkverbote, Medienmobbing und die Unterdrückung inkompatibler Nachrichten herrschten. Um dennoch bunt zu erscheinen, kompensierte sie den Zustand dann mit einem Dünnschiss irrelevanter, digitaler Meldungen, Moden und Meinungen.

Das staatlich gesteuerte Geldsystem und die Besteuerung menschlicher Arbeits- und Gedankenleistung, so wird man erkannt haben, diente zur wohlfeilen Disziplinierung des Volkes. Die Wissenschaft durfte an kurzer Leine einige Phasen des Niedergangs analysieren und hatte ansonsten die Schnauze zu halten.

Und es wird wohl bessere Antworten auf die Frage geben: Wie konnte der gesunde Menschenverstand bei jenen Damen und Herren ausgeschaltet werden, deren Gesichter und Namen derzeit wieder inflationär auf den Partei-Plakaten prangen, und die allen Ernstes immer noch nach Wirtschaftswachstum rufen, also nach der zusätzlichen Ausweitung des allgegenwärtigen Frevels?